

Anfrage 0737/2019 zur Sitzung am 17.04.2019

Der DigitalPakt Schule (SPD)

Nachdem sich der Bund und die Länder im Vermittlungsausschuss auf ein Ergebnis geeinigt haben und der Bundestag sowie -rat dem Einigungsvorschlag zugestimmt haben, soll der DigitalPakt Schule nun zügig starten.

Grundgedanke ist, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung zusammen mit den Ländern die Digitalisierung in deutschen Schulen fördern wird. Dabei kümmert sich der Bund um die Finanzen für den Aufbau digitaler Bildungsinfrastrukturen und investiert bis zu 5 Milliarden Euro. Die Länder hingegen entwickeln pädagogische Konzepte, kümmern sich um die Qualifizierung von Lehrkräften – über das Referendariat bis hin zur Weiterbildung – und stellen gemeinsam mit den Kommunen Betrieb, Support und Wartung sicher. Daneben entscheiden die Länder, ob und wie sie mobile Endgeräte in ihren Lernmittelregelungen berücksichtigen.

Unabhängig davon hatten bereits Oberbürgermeister Ebling und Schuldezernent Dr. Lensch angekündigt, dass die Stadt und die Mainzer Breitband GmbH sich auf eine Liste von zunächst 26 weiterführenden Schulen verständigt haben, die noch in diesem Jahr hochleistungsfähige Internet- und Telekommunikationsdienste erhalten sollen.

Die SPD-Stadtratsfraktion würde daher gerne wissen, was dies (auch finanziell) für die Mainzer Schullandschaft bedeutet, neben den 226 Millionen Euro, die bereits für dieses und nächstes Jahr für Schulbaumaßnahmen durch den Stadtrat freigegeben wurden.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Von welcher Gesamtsumme für die Schulen geht die Stadt Mainz aus?
2. Wie werden bzw. wurden die Schulen informiert?
3. Nach welchem Verfahren werden die Mittel verteilt? (Antragsverfahren, wer entscheidet über die Vergabe etc.)
4. Welche Schulformen haben die Möglichkeit Mittel aus dem Digitalpakt zu erhalten?

gez.

Alexandra Gill-Gers
Fraktionsvorsitzende

f. d. R.

Sascha A. Fricke
Fraktionsgeschäftsführung